

BIBLIOTHEK
der M.-Abt. für Statistik

Nr. ~~7236~~

Bd. ~~1~~ Jahr. 1936

WIENER MAGISTRAT,
ABTEILUNG FÜR STATISTIK
BIBLIOTHEK

WIEN, IV., PRESSGASSE 24

B 25.107 Schein 20

1936

2. Ex 23 JAN. 1936

Amtsblatt

der bundesunmittelbaren

Stadt  Wien



IN 267331

Erscheint am 1. und 15. jedes Monats
Bezugspreis jährl. S 7.50, Einzelnummer S -.30

Schriftleitung: Wien, 1., Neues Rathaus
Fernspr.: A-23-500, Postspark.-Konto: 210.045

Nr. 1

Wien, 1. Jänner 1936

44. Jahrgang

Das Amtsblatt des neuen Wien.

Don Richard Schmitz, Bürgermeister der Stadt Wien.

Als Bote und Gruß aus dem Wiener Rathaus tritt das Amtsblatt der Stadt Wien in neuer Gestalt seine Reise in die Welt an. Von den vielen guten Wünschen, mit denen die Stadtverwaltung das Blatt auf seiner Fahrt begleitet, erscheinen mir zwei besonders bemerkenswert: Das Amtsblatt der Stadt Wien sei vor allem das Symbol des hohen politischen Gutes der Selbstverwaltung, deren sich die Stadt gleich den übrigen Städten und Gemeinden unseres Vaterlandes erfreut! Dieses Recht der Autonomie ist für die Millionenstadt Wien schlechthin unschätzbar. Und weiters: Das Amtsblatt der Stadt Wien möge den Bewohnern der schönen Donaufstadt und darüber hinaus allen, die an dem Schicksal Wiens Anteil nehmen, zum Freunde werden! Der Erfüllung dieses Wunsches dient nicht zuletzt die Neugestaltung des Blattes, das neben dem unentbehrlichen amtlichen Teil auch Einblick in das innere Leben der Verwaltung Wiens geben soll. Eine eigene Rubrik wird die Leser des Amtsblattes der Stadt Wien über die Ereignisse im Wiener Rathaus informieren, von Feierlichkeiten und Besuchen berichten und dadurch ein wertvolles Stück Zeit- und Heimatgeschichte bieten. Hoffentlich sind es nur glückliche Stunden, die in diesen Annalen verewigt werden.

Und nun ein herzliches „Glück auf“ dem Amtsblatt des neuen Wien! Es künde, daß unser Wien, das Zentrum des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens unseres Vaterlandes, eine Stadt rastloser und ernster Arbeit ist und daß seine Bevölkerung, geeint in den Berufsständen, unermüdlich am Aufbau eines neuen, glücklicheren Wien tätig ist. Als beredter Zeuge dieses Aufbauwillens sei das Amtsblatt der Stadt Wien allen Wienern und Wienerinnen willkommen.

Amtlicher Teil

Die Budgetberatung der Wiener Bürgerschaft für 1936.

In den Abendstunden des 17. Dezember v. J. begann die Wiener Bürgerschaft mit der Beratung des Voranschlages der Bundesunmittelbaren Stadt Wien für das Jahr 1936 und machte damit zum zweiten Male seit ihrer Berufung von ihrem vornehmsten Rechte Gebrauch. Gleichzeitig wurden der Rechnungsabluß 1934, die Bilanzen der städtischen Unternehmungen und ihre Wirtschaftspläne für 1936 sowie die Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes über das Verwaltungsjahr 1934 in Beratung gezogen. Infolge des großen Umfanges der Vorlagen dehnte sich die Budgetberatung der Wiener Bürgerschaft auch auf die Nachmittags- und späteren Abendstunden des 18. Dezember aus und fand erst in der Sitzung am 19. Dezember kurz vor Witternachts ihren Abschluß. Nachstehend der Bericht über den Verlauf dieser drei Sitzungen:

Sitzung vom 17. Dezember 1935.

Als erster Referent legt Ob.-Sen.-Rat Dr. Neumayer in einem ausführlichen Bericht den äußeren Aufbau des Rechnungsabchlusses und des Voranschlages dar. „Es war das Bestreben der Stadtverwaltung, die Gleichförmigkeit des Budgets zu wahren und die Überschichtsmöglichkeit zu erhöhen. In allen übrigen Beziehungen wurden die Einrichtungen des Voranschlages 1935 durchaus beibehalten. Eine Änderung bedarf aber der besonderen Hervorhebung. Im ersten Entwurf des Voranschlages für das kommende Jahr war daran gedacht, nur die Restkredite aus dem außerordentlichen erweiterten Investitionsprogramm ersichtlich zu machen. Die Erwägungen aber, die bei der Abfassung des Bundesbudgets durch den Herrn Finanzminister angestellt wurden und die ihn veranlaßten, ein einheitliches Gesamterfordernis einschließlich des Arbeitsbeschaffungsprogrammes aufzustellen, haben den Herrn Bürgermeister bestimmt, schon jetzt nach Wegen zu suchen, die eine zusätzliche Aufwendung für die Arbeitsbeschaffung ermöglichen. Hierbei ergeben sich zwei Möglichkeiten. So kann sowohl die im Jahre 1934 vorläufigweise erfolgte Bestreitung der Aufwendungen des Investitionsprogrammes zu einer definitiven gestaltet als auch die im Voranschlag 1935 vorgesehene Bestreitung der ersten Tilgungsrate des Überbrückungskredites aus dem Schatzscheinkredit 1935 fallen gelassen und dafür diese Tilgungsrate aus der laufenden Gebarung bestritten werden. Es stehen für das Jahr 1935 aus dem in diesem Jahr aufgenommenen Schatzscheinkrediten 9 Millionen S zur Bestreitung der Kosten des Investitionsprogrammes zur Verfügung, so daß also um den gleichen Betrag weniger Hypothekarkredite aufgenommen werden müssen. Aus dem gesamten ursprünglichen Hypothekarkredit sind auf diese Weise 19,3 Millionen S freigemacht, die für zusätzliche Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehen. Die Stadt Wien wird somit um diesen Betrag mehr Arbeit vergeben können, ohne daß der von der Wiener Bürgerschaft genehmigte Stand der Verschuldung im kommenden Jahre aus diesem Titel eine Erhöhung erfahren wird. Die Gesamtaufwendungen aus dem Titel der Arbeitsbeschaffung werden nunmehr in das Budget eingebaut und als Gruppe VII unter der Bezeichnung 'Arbeitsbeschaffung' dargestellt. Es stehen im Jahre 1936 für Arbeitsbeschaffung an Restkrediten 35,4 Millionen Schilling und an anderen Krediten 19,3 Mil-

lionen S, somit insgesamt 54,7 Millionen S zur Verfügung.“

Der Referent erläutert sodann den Rechnungsabluß für das Jahr 1934, der einen gebührenden Gebarungüberschuß von 63.474 S ergibt. Dieses Ergebnis ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß in diese Rechnung selbstverständlich auch das Erträgnis des eigens zum Zwecke der Defizitdeckung seinerzeit beschlossenen Überbrückungskredites eingesetzt wurde. Scheidet man das Ergebnis der Schatzscheinbegebung aus, so würde sich ein Abgang von rund 39 Millionen S ergeben.

Der Voranschlag für 1936 sieht insgesamt Einnahmen von 376.607.550 S und Ausgaben von 392.313.260 S vor. Bei den Beratungen des Bundesbudgets hat die Frage der Einnahmerückstände an Bundessteuern besondere Aufmerksamkeit erweckt. Daß auch bei den städtischen Abgaben Steuerrückstände auflaufen, ist insbesondere bei den gegenwärtigen Krisenverhältnissen selbstverständlich. Die Gesamtsumme des per 31. Dezember 1934 aushaftenden Einnahmerückstandes der Abgaben, und zwar, wie hervorzuheben werden muß, aller Abgaben seit ihrer Einführung, beträgt 28,12 Millionen S. Wenn man diesem Betrag die Gesamtbeiträge der seit der Einführung der einzelnen Abgaben in den Rechnungsabchlüssen nachgewiesenen Gebührensommen per insgesamt 1.949.000.980 S gegenüberstellt, so ergibt sich, daß der Rückstand an Steuerschuldigkeiten bloß 1,44% ausmacht.

In den im Voranschlag ausgewiesenen Ausgaben sind auch die Kosten der Arbeitsbeschaffung inbegriffen, die für das Jahr 1936 vorgesehen sind. Außer diesen dem Arbeitsmarkt beeinflussenden Ausgaben sind noch die für die einzelnen Dienststellen der Stadtverwaltung erforderlichen Investitionen in der Höhe von 4,77 Millionen S zu erwähnen. Rechnet man schließlich die aus der Erhaltung der Gebäude und Mobilien, der Anschaffung von Einrichtung und Wäsche, der Beschaffung von Materialien und anderen Arbeitsbeschaffungen den Aufträgen erwachsenden Ausgaben mit rund 34,8 Millionen S hinzu, so ergibt sich, daß aus der Hoheitsverwaltung allein ohne Berücksichtigung der gleichartigen Aufwendungen der städtischen Unternehmungen rund 94,5 Millionen S unmittelbar der Wirtschaft zugeführt werden, ein Betrag, der zu der Erwartung berechtigt, daß auch im kommenden Jahr die bereits heute zweifellos feststellbare, auch vom Institut für Konjunkturforschung anerkannte und von der internationalen Beurteilung bestätigte Aufwärtsbewegung der Wiener Wirtschaft und damit auch der österreichischen Wirtschaft weiterhin anhalten wird.

Der Voranschlag weist insgesamt einen Abgang von 15,70 Millionen S aus. Seine Deckung soll in Kassenbeständen und in einer bescheidenen Kreditoperation von maximal 10 Millionen S gefunden werden. Bei dieser Kreditoperation ist an eine Prolongation der im Jahre 1936 ablaufenden Tilgungsquote des Überbrückungskredites gedacht.

Der Berichterstatter bespricht sodann die einzelnen Posten des Finanzamtes. Der Nettoaufwand für die Tilgung und Verzinsung der titrierten Schuld beläuft sich auf rund 1,4 Millionen S. Die Abfahren der städtischen Unternehmungen sind mit 32,5 Millionen S veranschlagt gegenüber 25,4 Millionen S, die die städtischen Unternehmungen im Jahre 1934 für den Haushalt beigetragen haben. An Ertragsanteilen wird ein Betrag von 54,4 Millionen S vorausgesehen. Als neue Posten verdienen besondere Hervorhebung die bundesgesetzlich neu eingeführte Dienstvorrückungsgebühr, die mit einem Betrag von 800.000 S veranschlagt wird, ferner die Fünftelgroßabgabe, deren Ertrag mit rund 8,8 Millionen S geschätzt wird.

Wie sehr die Einnahmen aus der eigenen Steuerhoheit Wiens zurückgegangen sind, erhellt am besten aus den Ausführungen des Wahrnehmungsberichtes des Rechnungshofes, die die heutige schwierige Lage der Stadtverwaltung erst ins rechte Licht setzen. Nach diesem Bericht ist die Wohnbau-

(Mietaufwand-)steuer mit rund 9,3 Millionen S, die Nahrungs- und Genussmittelabgabe mit rund 4,4 Millionen S, die Fürsorgeabgabe mit rund 4,1 Millionen S, die Lustbarkeitsabgabe mit rund 3,7 Millionen S, die Wertzuwachsabgabe mit rund 3,5 Millionen S und einige weitere Abgaben mit Beträgen unter 1 Million S in ihren Erträgen zurückgegangen; die Bierverbrauchsabgabe mit rund 3,7 Millionen S ist überhaupt in Wegfall gekommen. Dies ergibt, wie der Rechnungshof feststellt, einen Einnahmeausfall von rund 29,7 Millionen S.

Rat Ing. Petrabic erklärt namens des Berufsstandes Industrie, daß der Rechnungsabschluß und der Voranschlag an Klarheit und Durchsichtigkeit nichts zu wünschen übrig lassen und bringt dem städtischen Finanzamt die vollste Anerkennung zum Ausdruck.

Frau Rat Dr. Moklo sagt: „Wir haben heute in der Bürgerschaft die Fünfstelgroschenabgabe bewilligt. Jene aber, die uns in die Zwangslage gesetzt haben, das ist nicht unsere Verwaltung und nicht die Regierung, das sind — und die weite Öffentlichkeit soll das hören — alle jene Elemente, die noch glauben, auf dem Boden unserer Heimat subversiv wirken und den Frieden des Vaterlandes und der Stadt stören zu können. Diese Elemente trifft die schuldhafte Verantwortung.“ (Lebhafter Beifall.)

Rednerin bespricht sodann die Maßnahmen der Stadtverwaltung zum Familienschutz, insbesondere auch die zur Fürsorge kinderreicher Familien.

Die Verhandlung vom 17. Dezember wird damit abgebrochen, die nächste Sitzung für Mittwoch den 18. Dezember, 16 Uhr, anberaumt.

Sitzung vom 18. Dezember 1935.

In dieser setzte die Wiener Bürgerschaft die Beratung des Voranschlags der Stadt Wien 1936 fort. In der Spezialdebatte zur Gruppe „Finanzamt“ spricht als erster Redner Rat Knellinger im Namen der Handelsangestellten und richtet an alle Verkäufer und Verkäuferinnen den dringenden Appell, stets des Satzes „Kauft österreichische Waren“ eingedenk zu sein. Weiters spricht Redner die Bitte aus, die noch immer nicht geklärte Feiertagsfrage einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und ebenso die Feier der Landespatrone.

Rat Heß gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß der abends in Wien ankommende Fremde nicht die entsprechende Unterhaltung finde und sie deshalb außerhalb Wiens suchen müsse.

Rat Ing. Hermann gibt namens der Industrie der Befriedigung Ausdruck, daß eine so bedeutende Summe im Budget für Arbeitsbeschaffung aufscheine.

Rat Ing. Elfinger sagt, auch er müsse namens des Berufsstandes Industrie danken für den großen Betrag, der zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt wurde, und macht Vorschläge über die indirekte Arbeitsbeschaffung.

Rat Dr. Ehrlich verweist darauf, daß Angestellte der Stadt Wien bloß aus dem Grunde gekündigt wurden, weil sie mosaischer Konfession sind und beschäftigt sich dann mit der Lage junger jüdischer Ärzte in städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, wobei er feststellt, daß unter den 35.100 städtischen aktiven Angestellten und Pensionisten nur 154 Juden sind. Von den 5274 städtischen Lehrern seien bloß acht jüdischer Konfession.

Rat Kastlel gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die gesetzlichen Beiträge für den Fortbildungsfonds eine steigende Tendenz aufweisen. Redner dankt auch dem Bürgermeister im Namen der christlichen Jugend Wiens dafür, daß in der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes Mut, Lebenskraft und Gerechtigkeit zur Geltung gebracht werden. Er befaßt sich mit Fragen des Familienschutzes, darunter auch mit der Wohnungsfrage, und bezeichnet den Bürgermeister als den unerschrockenen Anwalt der jüngeren Generation. (Beifall.)

Frau Rat Wolfring beansprucht für die katholischen Mütter das Recht, in Fragen der Weltanschauung von katholischen Ärzten beraten zu werden, ohne daß dabei die gleichen Rechte der Minderheit verletzt würden.

Nun ergreift Bürgermeister Schmitz das Wort, um in zweieinhalbstündiger Rede einige der Hauptgebiete der Stadtverwaltung mit souveräner Beherrschung der Materie gründlich zu besprechen. Er verweist zunächst auf die Stadtgesetzgebung, der nach allgemeinem Urteil ein ehrenvoller Rang zukommt und wendet sich dann der Personalpolitik der Wiener Stadtverwaltung zu:

„Manches alte Unrecht wurde in der letzten Zeit gutgemacht. Die Begünstigungen der Kriegsteilnehmer, auf die unsere braven Beamten und Bediensteten in vergeblichem Kampfe lange gewartet haben, sind heute Besitz der städtischen Angestellten und darüber hinaus Besitz überall dort, wo die Stadt Wien einen entscheidenden Einfluß nehmen kann. (Lebhafter Beifall.) Unsere Personalpolitik ist zunächst durch den Grundsatz der Verjüngung gekennzeichnet. Nun sind endlich wieder die Tore der städtischen Verwaltung für junge Menschen aufgetan, die bisher draußen standen und keine Aussicht hatten, in städtischen Dienst zu kommen. Allerdings können wir nicht alle Wünsche erfüllen. Man muß auch hier die Dinge einem organischen Wachstum überlassen und bemüht sein, gewisse Hemmungen zu beheben. Wir haben eine große Anzahl von Aspiranten angestellt. Leider können wir nicht eine unbefristete Menge solcher junger Kräfte einstellen, wir müssen vielmehr eine Auswahl treffen.

Wir werden zu Ende des heurigen Jahres eine größere Pensionierungsaktion derjenigen vornehmen, die entweder das 60. Jahr vollendet und die nötige Dienstzeit erreicht haben oder die sonstigen Voraussetzungen für die Pensionierung besitzen.

Es fällt mir nicht leicht, dies zu tun, denn diese Männer aus jener Zeit, wo man sehr vorsichtig in der Auswahl war, werden uns abgehen.“

Der Bürgermeister verweist dann auf die großen Schwierigkeiten des Doppelverdienerproblems und erklärt: „Der Weg, den wir gegangen sind, um das Problem des Doppelverdienertwesens dort zu treffen, wo es die berechtigte Kritik der Bevölkerung auf sich gezogen hat, weil ohne zwingende Umstände die Frau im Erwerbsleben gestanden ist, war gewiß richtig. Wir haben im städtischen Dienst wie im Schuldienst generöse Grenzen abgesteckt, was aber über diesen Grenzen lag, haben wir veranlaßt, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Diese Politik der Bekämpfung des Doppelverdienerturns hat uns in die Lage gesetzt, trotz empfindlichen Rückganges der Schülerzahl fast 500 Junglehrer in den Dienst zu nehmen, das ist eine Bestätigung, daß wir den richtigen Weg gegangen sind.“ (Beifall.)

Der Bürgermeister befaßt sich dann mit Finanzfragen und beschäftigt sich eingehend mit der von der Stadtverwaltung geübten Sozialpolitik: „Selbstverständlich ist die für ganz Österreich verkündete soziale Einstellung auch für die Verwaltung von Wien maßgebend. Der Arbeiter der Vergangenheit hat unter der Entwürdigung, unter der Entehrung der Arbeit schwer gelitten. Der Arbeiter galt manchem als zweibeinige Maschine. Diese Zeit ist gottlob in Österreich schon lange vorüber. Fehler wird es immer geben. Wir werden immer Unternehmer finden, die unsozial sind, und Arbeiter finden, die ihre Pflicht vernachlässigen. Worauf es ankommt, ist das Vorwiegen des Willens, die Ehre der Arbeit zu achten. Dies dem Bewußtsein der jetzigen schaffenden Generation einzuprägen, ist sehr wichtig.“

Der Bürgermeister verweist dann auf die Bemühungen, die junge Generation vom Verderbnis des Müßigganges zu bewahren und sagte unter stürmischer Zustimmung: „Wenn auch 15 Jahre sozialistisch-freidenkerische Verwaltung und Herrschaft und nahezu drei Generationen Traditionsbildung in sozialistisch-kommunistischem Sinne nicht in wenigen

Jahren beseitigt werden können, so müssen wir ja doch sagen, daß diese Stadt gefestigtere Verhältnisse zeigt als manche andere Millionenstadt der Welt. Und zu dieser Beruhigung und Befestigung haben Werke, wie die Aktion „Jugend in Arbeit“ und „Jugend in Not“, beigetragen.“

Auf die im Laufe der Debatte gefallen Worte der Anerkennung für die von ihm betriebene Familienpolitik eingehend, sagt der Bürgermeister: „Ein alter Satz nennt die Familie die Keimzelle der Gesellschaft. Das ist wahr, mehr als das: Die Familie ist das einzig tragbare Fundament jeder Ordnung im Staate und jedes kulturellen Lebens in der Menschheit. (Beifall.) Diese Hochschätzung der Familie hat ihren tiefsten Grund nicht etwa in einer Populationspolitik zur Stärkung der Heeresmacht. Der friedliebende Mensch, der nichts anderes will, als den geistigen und materiellen Wohlstand, wird für die Familie ebensoviel, wenn nicht noch viel mehr Hochachtung haben als der, dem die Kinder aus dieser Familie nur Ziffern sind, die in irgend einer blutigen Rechnung eine Rolle spielen. Wir gehen von diesem höheren Standpunkt aus. In dieser Hinsicht gibt es nur das eine göttliche Gebot: Die Ehe und die Familie heilig zu halten.“ (Großer Beifall.)

„Auf dem Gebiete der Bettler- und Obdachlosenfrage“, fährt der Bürgermeister fort, „gibt es noch manche Aufgaben, die zu lösen sind. Wir werden im Jahre 1936 durch Ausbau eines heuer bereits angekauften Gebäudes ein zweites Obdachlosenasyl errichten und dann in der Lage sein, je ein Obdachlosenasyl für Männer und Burschen und für Frauen und Mädchen zu haben und in jedem die älteren von den jüngeren trennen. Wir werden in dem Frauenasyl Räume bestimmen, wo die Mütter mit ihren Kindern beisammenbleiben und der Mann tagsüber zu seiner Familie kommen kann.“ (Beifall.)

Zu den Bemerkungen des Rates Dr. Ehrlich sagt der Bürgermeister: „Ich bitte, nach wie vor überzeugt zu sein, daß es einer Verwaltung, für die ich die Verantwortung trage, nicht einfallen wird, nach dem Beifall von Kreisen auszusuchen, deren Gesinnung wir als eine unseren Grundsätzen und unserer Überzeugung kraft widersprechende ansehen. Von mir glaube ich sagen zu können, ich habe in meinem Leben für die Vermutung eines solchen Vorgehens nach Beifall keinen Grund geboten. Ich werde es auch in dieser Frage nicht tun. Ich bitte aber den Rat Ehrlich und die Kreise, die er vertritt, zu verstehen, daß in der heutigen Situation ein solcher Andrang junger Leute auf jede freie Stelle besteht, daß ihre Vergebung auf das eifrigste überwacht wird. So muß getrachtet werden, den Einzelfall so zu behandeln, daß man sich selbst sagen kann, das ist einwandfrei. Daß die Personalpolitik gegenüber den Ärzten — auf diese kommt es ja an — nicht etwa zu einer Ausrottung des Anteiles der jüdischen Mediziner an der städtischen Verwaltung geführt hat, läßt sich aus dem gegenwärtigen Stande leicht erkennen. Bei den Ärzten der Magistratsabteilungen 19 und 14 beträgt die Zahl der angestellten Ärzte 263, davon 84, also 32% mosaischer Konfession. Unter 37 Schulzahnärzten sind 24, also 66% mosaisch, unter 48 Schulärzten 23, also 48%! Ich hätte diese Ziffern nicht genannt, wenn ich nicht dazu gezwungen wäre. Ähnliches gilt von den Anstaltsärzten. Der Numerus clausus hat seine persönlichen und sachlichen Gegenstände, einen wahrhaft gerechten Numerus clausus gibt es nicht. Wir müssen die persönliche Befähigung des einzelnen ansehen. Nicht eine lineare Lösung ist anzustreben, man muß in jedem einzelnen Falle trachten, die jeweils gerechteste Lösung zu finden.“

Der Bürgermeister beschäftigt sich weiters mit dem Wohnungsproblem und dann mit der Wirtschaftspolitik der Stadtverwaltung. Der Bürgermeister tut mit einer Fülle von Ziffern dar, daß bei der Vergebung städtischer Aufträge und Arbeiten getrachtet wird, möglichst

viele Firmen abwechselnd zu beschäftigen. Es gebe keine Freunderwirtschaft, sondern es werde nur nach Sachlichkeit und Gerechtigkeit vorgegangen. Wenn die Mitglieder des Österreichischen Gewerbebundes nun stärker herangezogen würden, so deswegen, weil diese von der früheren Verwaltung planmäßig vernachlässigt wurden und dieses Unrecht nun so weit wie möglich gutgemacht werden soll. (Lebhafter Beifall.) Schließlich spricht der Bürgermeister noch über die Fortführung des Assanierungs- und Hausreparaturfonds und schließt: „In einem solchen Augenblick einer Art Rechenschaftsbericht muß wohl auch über den politischen Zustand der Verwaltung ein allgemeiner Satz gesagt werden. Dieser Satz kann sich mit der Feststellung begnügen, daß die Dienststellenorganisation unserer Angestellten und Arbeiter innerhalb der Vaterländischen Front eine Mitgliederzahl von 35.116 erreicht hat. (Beifall.) An dieser Stelle spreche ich allen Beamten, Lehrern und Arbeitern, die sich um diese blühende Bewegung verdienstvoll bemüht haben, Ehren und meinen Dank vor aller Öffentlichkeit aus. (Stürmischer Beifall.)

Im Haushaltsausschuß hat Frau Rat Dr. Rozko den schönen Satz gesprochen:

Wir glauben wieder an den Aufstieg Wiens und der Wiener Bevölkerung. In diesem Glauben wollen wir, Wiener Bürgerschaft, Bürgermeister, Vizebürgermeister und Verwaltung, zusammenklingen und zusammenarbeiten für unseres Wiens und unseres Vaterlandes Österreich glorreiche und schönere Zukunft!“ (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Vizebürgermeister Dr. Kresse, der den Vorsitz führt, dankt im Namen des Hauses dem Bürgermeister.

Nach dem Schlußwort des Referenten Ob.-Sen.-Rat Dr. Reumayer werden die Ansätze des Hauptstückes „Finanzamt“ genehmigt.

Sitzung vom 19. Dezember 1935.

In dieser wird in die Verhandlung des Hauptstückes „Allgemeine Verwaltung“ eingegangen.

Hierzu berichtet Ob.-Mag.-Rat Dr. Schindler, daß für Aktivbezüge Ausgaben von 99,7 Millionen S, für Pensionsbezüge 45,7 Millionen S vorgesehen seien. Am 1. August 1935 zählte die Stadt Wien 22.472 Aktivangestellte und 12.637 Pensionsparteien, d. i. um 445 Aktive und um 250 Pensionsparteien mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Zu diesen Personalständen kommen noch 281 geistliche Schwestern in den Wohlfahrtsanstalten, 21 Rudolfinerinnen im Karolinen-Kinderhospital und 364 nebenberufliche Lehrpersonen, die hauptsächlich für den Unterricht in Freigegegenständen und für den Religionsunterricht bestellt sind.

In der Debatte bespricht Rat Dr. Trautl die Förderung des Volksbildungswesens durch die Stadt Wien. Das Wiener Volksbildungswesen betreue mehr als 200.000 Bildungshungrige, darunter einen hohen Prozentsatz von Arbeitslosen und erfülle damit eine wichtige Aufgabe im Wiederaufbau Österreichs. Redner dankt dem Bürgermeister für die bisher geleistete Hilfe und bittet ihn und den Finanzreferenten, dem Volksbildungswesen weitgehende finanzielle Hilfe angedeihen zu lassen.

Nunmehr gelangt das Hauptstück „Wohlfahrtsamt“ zur Verhandlung und Ob.-Sen.-Rat Dr. Maly verweist hiebei auf die Tatsache, daß das Wohlfahrtsbudget der Stadt Wien eine Bruttoausgabe von 96,1 Millionen S enthalte und daß sich durch die im Hauptstück „Arbeitsbeschaffung“ veranschlagten Personal- und Sachauslagen das Gesamterfordernis auf rund 110 Millionen S erhöhe. Hierbei bilden die Beiträge zu den Notstandsausshilfen für Arbeitslose und zu den Kosten der Altersfürsorge im Betrage von 14,2 Millionen S sowie zum Kleinrentnerfonds im Betrage von 1,5 Millionen S die Hauptpost. Der Berichterstatter spricht dann ausführlich über die Familienfürsorge, eine erweiterte Fürsorge, die sich auf Familien mit vier oder mehr Kindern erstreckt.

Voraussetzung aber ist eine eheliche, geordnete Familiengemeinschaft. Die Unterstützungen dieser kinderreichen Familien bestehen in Naturalien, in der Zahlung von Zinsrückständen, Pfandauslösungen usw. Am 1. August 1935 standen 23.700 Familien im Genusse von Pfleglingsbeiträgen, die sie für etwa 41.500 Kinder bezogen. Für 5000 Kinder sind Pflegegelder bewilligt. Die Stadt unterhält derzeit einschließlich der Horte 110 Kindergärten mit 341 Abteilungen. Die Berufsvormundschaft betreut derzeit 23.000 Mündel. Ferner gibt es 33 städtische Mutterberatungsstellen und eine Expositur. Ende Oktober standen 52.111 Personen im Genusse von Erhaltungsbeiträgen. Im Besitze des Fürsorgebuches sind derzeit 170.000 Familien mit 425.000 Einzelpersonen. Das Fürsorgebuch ist kein Armut- oder Mittellosigkeitszeugnis, es soll nur der gewerbsmäßigen Unterstützungsjägeri Einhalt gebieten.

Frau Rat Wolfring anerkennt die Bestrebungen der Stadtverwaltung, die fundamentale Grundlage des Staates, die Familie, zu stützen und regt an, im Wohlfahrtsamt eine obligatorische Mütterchule zu schaffen, und äußert Wünsche bezüglich der Obdachlosenheime.

In der Folge referiert Sen.-Rat Gschladt über das Hauptstück „Wohnungsamt“. Berichterstatter führt aus, daß noch immer eine gewisse Wohnungsnot bestehe. Den 40.000 Wohnungsanfragen bei der Gemeinde, von denen 7000 Fälle als besonders berücksichtigungswürdig, davon 2000 als dringend vorgemerkt seien, stünden kaum 200 freie Wohnungen in städtischen Häusern gegenüber. Für die städtische Wohnhäuserverwaltung seien an Personal- und Sachkosten insgesamt 15,74 Millionen S vorgesehen, denen Einnahmen in der Gesamthöhe von 19,04 Millionen S gegenüberstünden.

Sodann berichtet Stadtbau dir. Dr. Ing. Musil über das Hauptstück „Technische Angelegenheiten“. Der Referent hebt hervor, daß das Jahr 1935 dem Wiener Stadtbauamt, seinen Abteilungen und Baudienststellen einen Hochbetrieb brachte, da aus dem Investitionsprogramm nicht weniger als 45 Millionen S bearbeitet wurden. Dadurch konnten in den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres 2752 Wiener Gewerbetreibende und Industrielle mit Arbeitsaufträgen bedacht werden.

In der Spezialdebatte über dieses Hauptstück spricht Rat Ing. Hermann für eine vermehrte Verwendung der Betonstraße wegen ihrer wirtschaftlichen Vorteile gegenüber der Asphaltstraße.

Rat Uebelhör empfiehlt die Aktion des Dombauber-eines zur Erhaltung des St. Stephansdomes, der sonst den Gefahren des Verfalles ausgesetzt sei. Redner schlägt auch Pläne zur Verschönerung einzelner Wiener Punkte vor.

Rat Elfinger anerkennt die Besserung des Zustandes der Wiener Straßen und macht diesbezüglich Vorschläge.

Rat Stubenvoll ersucht, darauf zu achten, daß Wien mit dem vollen verfassungsrechtlichen Titel „Bundes-unmittelbare Stadt“ bezeichnet werde. Redner wendet sich dann gegen eine etwaige Steigerung des Baues von Betonstraßen, da bei diesen die Lohnquote viel geringer sei als bei den Hartsteinstraßen. Als Hüterin der sozialen Ordnung habe die Staatsverwaltung auch bei einem Lohnkonflikt in der Ziegelindustrie, den Redner näher ausführt, im Sinne einer gerechten Beilegung einzugreifen.

Rat Ing. Groß ersucht um ein individuelles Vorgehen der Baupolizei und betont die Bedeutung des Hausreparatur- und Affanierungsfonds; beide Fonds seien so hoch wie möglich zu dotieren.

Rat Fierek erklärt, daß das Wiener Fuhrwerks-gewerbe dem Bürgermeister zu großem Dank verpflichtet sei, und bittet, diesem auch in den schweren Wintermonaten Beschäftigung zu geben.

Rat Dr. Holomek äußert Wünsche bezüglich eines Kanals in der Getzgasse und gibt Anregungen für den Höhenweg, der von Hütteldorf bis auf den Rahlenberg angelegt werden soll.

Rat Prof. Gurschner tritt dafür ein, daß auf dem Arbeitsgebiet der Denkmalpflege nur sachkundige Fachleute beschäftigt werden.

Rat Petrabic regt eine Aktion zum Einbau von Aufzügen in 6000 Wiener Häusern an.

Rat Kuster ersucht das Stadtbauamt um Vorkehrungen an den Straßenübergängen bei Glatteis.

Rat Engelbrecht schlägt vor, die Schneefäuberung schon in den ersten Morgenstunden einsetzen zu lassen.

Rat Heß beklagt die Wiener Lärmplage.

Sodann wird das Hauptstück „Wirtschaftsamt“ nach einem Referat des Sen.-Rates Dr. Fenzl ohne Debatte genehmigt.

Nunmehr gelangt das Hauptstück „Arbeitsbeschaffung“ zur Verhandlung. Ob.-Sen.-Rat Dr. Neumayer begründet den Einbau dieses Hauptstückes in den gesamten Vorschlag und hebt hervor, daß die ursprünglich getrennten Posten des Affanierungs- und Hausreparaturfonds in eine Post zusammengezogen würden, um so eine leichtere Beweglichkeit herzustellen und damit auf jeden Fall den Bestand des Hausreparaturfonds für das kommende Jahr zu sichern. Besondere Beachtung verdiene die Aufnahme einer Ausgabepost der fünfsten Stadtrand siedlung, wodurch diese sich so günstig auswirkende Aktion in ihrem Fortbestand gesichert erscheine. Weiters hebt der Referent noch hervor, daß durch die Schaffung einer ursprünglich nicht vorgesehenen Post zur Bekämpfung der Rauchplage und ähnlicher Schäden an die Möglichkeit gedacht werde, im Rahmen dieser Aktion privates Kapital mitzumobilisieren. Schließlich verweist der Referent auf die Tatsache, daß aus dem Titel „Arbeitsbeschaffung“ im Jahre 1936 rund 55,1 Millionen S verausgabt werden können.

Nunmehr werden die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen in Beratung gezogen und es berichten darüber Sen.-Dir. Ing. Menzel (Gas-Elektrizitätswerke), Dir. Ing. Werner (Straßenbahnen), Dir. Ing. Stanka (Brauhaus), Dir. Ing. Raschendorfer (Leichenbestattung) und Dir. Pikolon (Ankündigungsunternehmung).

Dazu sprechen die Räte Stubenvoll, Elfinger und Ing. Petrabic, worauf nach einem Bericht des Ob.-Sen.-Rates Dr. Neumayer über „Bilanz und Bedeckung“ das Budget von der Wiener Bürgerschaft einstimmig angenommen wird.

Am Schluß der Sitzung dankt Bürgermeister Schmitz in herzlichen Worten der Bürgerschaft für die ernste und sachliche Beratung des Haushaltsplanes der Stadt Wien und schließt mit den besten Weihnachts- und Neujahrswünschen für die Wiener Bürgerschaft und die gesamte Wiener Bevölkerung die Sitzung.

Bergebung von städtischen Arbeiten.

Die Mag.-Abtg. 32, Neues Rathaus, Mezzanin, Stiege 6, Tür 31, vergibt für den Umbau des städtischen Hauses, Wien, 1., Am Hof 7, die Glaserarbeiten. Die Anbotsverhandlung wird am Freitag den 10. Jänner 1936, pünktlich um 11 Uhr vormittags, bei der genannten Abteilung abgehalten werden. Die Ausschreibungsbehilfe können daselbst während der Amtsstunden eingesehen werden. Die Anbote sind in der den Bedingungen vorgeschriebenen Form in der Kanzlei der Mag.-Abtg. 32 des Stadtbauamtes, Neues Rathaus, Mezzanin, Stiege 6, Tür 30, einen Tag vor der Anbotsverhandlung zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen. Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt. Nähere Auskünfte werden in der Mag.-Abtg. 32 erteilt.

Vom Wiener Magistrat, Abteilung 32, im selbständigen Wirkungsbereich.

Baubewegung

vom 27. bis 31. Dezember 1935.

Neubauten:

21. Bezirk: E.-Z. 1239, Parz. 1201/11, Grdb. Ragan, Wohnhaus, von Rind Erwin, Karl u. Josef, Bauführer Bm. A. Sallaberger (B 937/35).
 " " Parz. 421/16, Grdb. Ragan, Wohnhaus, von Breinhölder Ignaz u. Franziska, Bauführer Bm. A. Sallaberger (B 943/35).
 " " Parz. 434/2 an der unt. alt. Donau, E.-Z. 377, Wochenendhaus, von Merklein Ernst, Bauführer Bm. Heinrich Reiter (B 944/35).

Um- und Zubauten:

1. Bezirk: Grünangergasse 6, Kanalerstellung, von S. Beer, Bauführer Bm. Ing. Hans Beer (21.637).
 " " Am Hof 6, Bauabänderung, von Landwirtschaftl. Arbeitsamt f. N.-D., Wien u. Burgenland, Bauführer Bm. Rud. Partl (21.660).
 " " Reutorgasse 8, Bauabänderung, von Mendel u. Schönbach, Bauführer Bau- u. Adaptierungs-Unternehmung i. Hoch- u. Eisenbetonbau Ges. m. b. H. (21.665).
 " " Seilerstätte 5, Bauabänderung, von Tatjana Kaffa, Bauführer Bm. Anton Pribek (21.728).
 " " Kärntnering 5, Bauabänderung, von Hotel Bristol A.-G., Bauführer Bm. W. Schallinger (21.732).
 " " Balfischgasse 14, Bauabänderung, von Spitzer u. Co., Bauführer Bm. Ing. Gehler u. Weinberger (21.738).
 " " Rotenturmstraße 19, Bauabänderung, von Laszlo Ungar, Bauführer unbekannt (21.773).
 " " Schmerlingplatz 4, Bauabänderung, von E. Gejso, Bauführer Bm. Robert Hulhavy (21.787).
 3. Bezirk: Kundmannngasse 34, Kanalbau, von R. Faltis, Bauführer Bm. Oskar Giesler (21.634).
 " " Paracelsusgasse 8, Bauabänderung (Badofen), von Aron Zureff, Bauführer Bm. Carl Jung (21.666).
 " " Lorbeergasse 3, Waschkücheneinbau, von Ing. Rob. Schellner, Bauführer Bm. Jos. Münster (21.782).
 4. Bezirk: Favoritenstraße 15, Bauabänderung (Fecht-
 saal), von Hausverw. d. Theres. Akademie, Bauführer Bauunternehmung S. Kella u. Co. (21.629).
 6. Bezirk: Mollardgasse 34, Bauabänderung (Lokal), von Dr. Stefan, Bauführer Bm. A. Walchhütter (21.655).
 7. Bezirk: Neubaugasse 52, Bauabänderung (Rauchabzug), Bauführer Bm. Karl Rowak (21.741).
 8. Bezirk: Piaristengasse 2, Bauabänderung, Bauführer Bm. Ing. S. Fucik (21.785).
 9. Bezirk: Porzellangasse 49 a, Bauabänderung, von L. Feigenbaum, Bauführer Bm. R. Figer (21.636).
 " " Pelikangasse 7, Benzinfänger, von Löw A.-G., Bauführer Bm. Ing. Franz Kühnel (21.731).
 12. Bezirk: Rotenmühlgasse 44, Bauliche Umgestaltung, von Beatrix Belcer, Bauführer Bm. Karl Kubelka (6805).

17. Bezirk: Dornbacherstraße 70, E.-Z. 106/D, K.-Nr. 13, Ansuchen um Baubewilligung, von Ing. Rudolf Kravagna und Anna Kravagna, Bauführer Bm. R. A. Benirschke, Rud. Wichart (5249/35—B).
 " " Güpferlinggasse 37, Ansuchen um Baubewilligung, von Marie Brantner, Bauführer Zm. Emmerich Lohmann (5248/35—B).
 " " „Am Heuberg“, GSt. 524/2, 525/5 u. 526, E.-Z. 524/D, Ansuchen um Baubewilligung, von Wirtsch. und Siedl.-Gen. d. Kleingärtner „Am Heuberg“, Bauführer Bm. Karl Fodt (5277/35—B).
 " " Schumannngasse 74, Ansuchen um Baubewilligung, von Anna Eichinger, Bauführer Bm. Georg Meier (5273/35—B).
 " " Elterleinplatz 13, Ansuchen um Baubewilligung, von Arch. Heinr. Czerny, Bauführer Bm. Alois Czerny (5314/35—B).
 " " Lorenz-Bayer-Platz 19, Ansuchen um Baubewilligung, von Leop. Weixelbaum, Bauführer Heinrich Harasko (5339/35—B).
 " " Dornbacherstraße 6, Ansuchen um Abtragung, von Oskar Gladt, Bauführer Oskar Gladt (5334/35—B).
 " " Pezlgasse 56, Ansuchen um Baubewilligung, von Anton Topolansky, Bauführer Roman Wavrinowsky (5364/35—B).
 " " Bergsteiggasse 4, Ansuchen um Baubewilligung, von Hans Dorr, Bauführer Univer-sale (5399/35—B).
 " " Rainzgasse/Alzseile, Ansuchen um Grundabt., von Stift St. Peter, Salzburg, Bauführer Ing. Rich. Hermann (5408/35—B).
 " " Schumannngasse 75, Ansuchen um Baubewilligung, von Eugen u. Jda Reich, Bauführer J. Jurik (5450/35—B).
 " " Elterleinplatz 6, Ansuchen um Baubewilligung, von Theresia Schreiner, Bauführer Franz Haslinger (5478/35).
 19. Bezirk: Am Ruzberg, E.-Z. 54 Kahl, Zubau zu einer Werkzeughütte, von Eduard Czapek, Bauführer Bm. Oskar Brill (B. S. 19, 4954/35—B).
 21. Bezirk: Parz. 442, Los 19, E.-Z. 80, Grdb. Stadlau, Mansardenaufbau, von Gräber Johanna, Bauführer Zm. J. Ofenböck (B 941/35).

Grundteilungen:

11. Bezirk: Simmering, E.-Z. 2289, von Donner, Mauhs, Dr. Heller (21.703).
 12. Bezirk: Altmanndorf, E.-Z. 817, 842, von Kuffner durch Ing. E. Maghar (21.661).
 13. Bezirk: Lainz, E.-Z. 129—Grdst. 228/1, 223/5, von R. Kalesa (21.671).
 " " Lainz, E.-Z. 968—K.-P. 271/11, von R. Kalesa (21.672).
 17. Bezirk: Dornbach, E.-Z. 948, 1057, 1369, 2019, Alsbach, E.-Z. 568, von Dr. J. Krickl-Reinthal (21.730).
 21. Bezirk: Aspern, E.-Z. 1008, Grdst. 751/1, von Hahn u. Hoffmann (21.702).

Fluchtlinien:

19. Bezirk: E.-Z. 286, Grinzing, Fluchtlinien-Bekanntgabe, von Johann Söllner (B. S. 19, 4916/35—B).
 " " E.-Z. 794, Grinzing, Fluchtlinien-Bekanntgabe, von Gabriele Wanek (B. S. 19, 4925/35—B).
 " " E.-Z. 151, Kahlenbergerdorf, Fluchtlinien-Bekanntgabe, von M. A. 30/8505/35 (B. S. 19, 4928/35—B).

21. Bezirk: GSt. 478/7, Grdb. Stadlau, von Hirsch Karl (Bl. C 408/35).
 " " E.-Z. 122, GSt. 1201, Parz. 1, Rugierstraße, von Fiedler Aloisia (C 409/35).
 " " GSt. 1888/1, Gr. Z. 1 an der verl. Ruthnergasse, von Pollak Leopoldine (C 410/35).
 " " Parz. 384/8, Grdb. Stadlau, von Albert Marie (C 411/35).

Verhandlungstage des Gemeindevermittlungsamtes Favoriten.

Wie die Bezirksvertretung Favoriten mitteilt, sind für den Monat Jänner 1936 als Verhandlungstage des Gemeindevermittlungsamtes Favoriten der 8., 15., 22. und 29. anberaumt worden.

Absiedlung des Büros des Invalideneinstellungsamtes.

Das bei der Magistratsabteilung 17 (Invalidenfürsorge) bestehende Büro des Invalideneinstellungsamtes für die bundesunmittelbare Stadt Wien und die dazugehörige Arbeitsvermittlungsstelle für Kriegsbeschädigte, die bisher 12. Bez., Niederhofsstraße 41, untergebracht waren, übersiedelten in der Zeit vom 16. bis 31. Dezember v. J. nach 6., Stumpergasse 10. Der Parteienverkehr in den neuen Amtsräumen wird Donnerstag den 2. Jänner wieder aufgenommen.

Die Rathauswoche

Wien, 1. Jänner 1936.

Das fünfzigste Geburtsfest des Bürgermeisters Schmitz.

Das Oberhaupt der Stadt Wien, Bürgermeister Richard Schmitz, feierte am 14. Dezember v. J. seinen 50. Geburtstag. Ein selten reiches Leben schließen diese 50 Jahre ein. Mit Gemühtung mag Bürgermeister Schmitz auf die einzelnen Stationen seines bisherigen Lebensweges zurückblicken, auf seine harte, entbehrungsreiche Kindheit, auf die frühbegonnene Arbeit im Dienst der katholischen Idee, auf seine erfolgreiche politische Tätigkeit in den Schicksalstagen unseres Vaterlandes und auf die Krönung seines Lebenswerkes durch die Berufung zum Bürgermeister der Stadt Wien.

Die Geburtstagsfeierlichkeiten für Bürgermeister Schmitz begannen bereits am Vortag mit einer hl. Messe, die Weihbischof Dr. Kamprath in der Kurhauskapelle las und bei der der Sängerbund „Dreizehnlinden“, dessen Protektor der Bürgermeister ist, die Deutsche Messe von Schubert, untrahmt von zwei Weihnachtsliedern, zum Vortrag brachte. Mittags erschien Bundespräsident Miklas im Rathaus und stattete dem Bürgermeister einen Besuch ab, um ihm die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Der Bundespräsident gedachte der großen Verdienste, die sich der Jubilar an den verschiedensten verantwortungsvollen Posten im Dienste des öffentlichen Wohles erworben hat, und gab dem Wunsche Ausdruck, daß es ihm beschieden sein möge, noch viele Jahre in ungebrochener Schaffenskraft dem Vaterlande zu dienen.

Als erste Gratulanten hatten beim Bürgermeister die Beamten des Präsidialbüros unter Führung des Präsidialvorstandes Sen.-Rat Firsch vorgeschrien, auf dessen Ansprache der Bürgermeister in herzlichen Worten dankte. Dann erschienen Polizeipräsident Dr. Skubl mit Polizeivizeprä-

sident Dr. Presser, Staatssekretär Dr. Berner, Vizebürgermeister Dr. Kresse mit Vizepräsident Kom.-Rat Lenhart der Stadtgruppe Wien des Österr. Gewerbebundes, die dem Bürgermeister die Glückwünsche und den Dank der Gewerbetreibenden überbrachten. Eine Abordnung des städtischen Wasser- und Forstpersonals aus Wildalpen und Raßwald überreichte dem Bürgermeister ein Latschengewinde und ein Ölgemälde von Wildalpen.

Freitag nachmittags versammelte sich die große Familie der Mitarbeiter des Bürgermeisters im festlich geschmückten und beleuchteten Festsaal des Rathauses zu einer Geburtstagsfeier, zu der die drei Vizebürgermeister eingeladen hatten. Es fanden sich ein: Weihbischof Generalvikar Dr. Kamprath, Polizeipräsident Dr. Skubl mit Vizepräsidenten Dr. Presser, der Landesleiter der BZ, Oberstleutnant Seifert mit den leitenden Funktionären aller Bezirke, der Präsident des Stadtschulrates Hofrat Rasser, Magistratsdirektor Dr. Hiezmanseder mit den leitenden Beamten des Magistrates, die Direktoren der städtischen Unternehmungen, die Abteilungsvorstände des Magistrates und Abordnungen aller Kategorien der städtischen Bediensteten, die Räte der Stadt Wien, die Bezirksvorsteher und Bezirksräte, die Obmänner der Fürsorgeämter, Vertreter des Fortbildungsschulrates und der Ortschulräte, zahlreiche ehemalige christlichsoziale Gemeinderäte, Magistratsdirektor i. R. Pawelka, Kom.-Rat Ellen, Kom.-Rat Lenhart, ferner Abordnungen von Lehrern und Schülern sämtlicher Wiener Schulen und schließlich Vertreter aller Berufsstände und aller Wehrformationen.

Als Bürgermeister Schmitz mit Gemahlin, von den Vizebürgermeistern und dem Präsidialvorstand geleitet, den Festsaal betrat, stimmte der Bläserchor der Feuerwehrkapelle die Bürgermeisterfanfare an. Unter großen Ovationen nahm der Bürgermeister auf dem Podium Platz und eine Simmeringer Hauptschülerin eröffnete mit einem Prolog den Festakt. Die Festrede hielt Rat der Stadt Wien Dir. Dr. Weiland, der die einzelnen Lebensabschnitte des Bürgermeisters schilderte und würdigte. Er schloß mit den herzlichsten Glückwünschen im Namen aller Wiener. In das vom Festredner ausgebrachte „Hoch!“ stimmten die tausende Festgäste begeistert ein. Hierauf sprach Vizebürgermeister Major a. D. Lahr namens der Vizebürgermeister tiefempfundene Worte, die in die Bitte ausklangen: Lieber Vater Schmitz, bleib bei uns, bleib bei Wien, wir folgen Dir nach auf allen Wegen! Unter stürmischem Beifall überreichte dann der Redner eine vom Bildhauer Lautenhay geschaffene Bronzeplakette mit dem Porträt des Bürgermeisters.

Mit tosendem Beifall begrüßt, dankte Bürgermeister Schmitz für die Glückwünsche. „In dem Jahrzehnt, das auf den 50. Geburtstag eines Menschen folgt“, sagte er, „soll nach dem Ausspruch eines geistvollen Mannes der Mensch die Erfüllung seines Lebens finden oder mit der Enttäuschung ringen, daß sie ihm nicht beschieden war. An einem solchen Tag, wie der heutige für mich ist, werden Erinnerungen an das bisherige Leben mit allen seinen Freuden, Leiden und Kämpfen geweckt. Nach einer solchen Rückschau aber löst sich der Bann des Ernstes und man spürt die Freude und den Frohsinn, die in dem beglückenden Bewußtsein wiederkehren, daß der Mensch, der Gottvertrauen hat, auch in den schwersten Stunden seines Lebens nicht allein ist.“

Der Bürgermeister schilderte, wie ihm schon in seiner Kindheit das Amt des Bürgermeisters, das damals sein großes Vorbild Lueger innehatte, in besonderem Glanze erschien. „Bürgermeister sein, heißt der Gemeinschaft dienen. Und wer auf dem Bürgermeisterstuhl sitzt, trägt schwere Last und darf nichts anderes kennen als Österreichs Hauptstadt Wien und das Volk von Wien. (Stürmischer Beifall.) Meine Bitte an den lieben Herrgott ist, daß er, wenn es sein Wille ist, mich auf diesem Platze beläßt, solange es für Wien gut ist. Wenn sein Wille aber anders ist, muß auch das gut und recht sein.“ Der Bürgermeister schloß mit der Bitte zu Gott,

„Universale — Redlich & Berger“

Bauaktiengesellschaft

Wien, I., Renngasse 6
Fernsprecher U-20-5-45 Serie

Granitwerke Anton Poschacher, Wien

Mauthausen (Tel. 4), Perg, Neuhaus (Tel. 3), Aschach, Oberösterreich

Alle Gattungen Granitsteinmetzarbeiten, Brückenquader, Monumente, Gruften, Einfassungen usw. Rohsteinlieferungen. Alle Sorten Granitpflastersteine, Rand- und Grenzsteine, Granitbruchsteine in jedem Quantum, Schotter, Sand, Riesel. • Holzsägewerk in Mauthausen

Zentralbüro: Wien, IV., Margaretenstr. 30 • Tel. B-29-2-24

daß er „die Stadt Wien und alle, die in dieser Stadt leben und wirken, in besonderer Weise mit seinem Segen beglücken möge“ und mit dem herzlichsten Dank an die Erschienenen.

Die Musikkapelle der Gas- und Elektrizitätswerke intonierte nun den Marsch „Aller Ehren ist Österreich voll“, worauf der Bürgermeister unter brausenden Ovationen den Saal verließ.

Am Abend würdigte Prälat Jakob Fried in einer Feier im Rundfunk die Persönlichkeit des Jubilars.

Samstag den 14. Dezember v. J., dem Geburtstag des Bürgermeisters, las in der St. Dthmarikirche auf Veranlassung der Landsträßer Bezirksvertretung und der Bezirksführung der Bf. Pfarrer Leibrecht eine hl. Messe, der außer dem Bürgermeister und seiner Familie zahlreiche Funktionäre des Bezirkes bewohnten.

Im Laufe des Vormittags stattete Bundeskanzler Doktor Schuschnigg dem Bürgermeister im Rathaus einen Besuch ab, um ihm im eigenen Namen und im Namen der Bundesregierung die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Der Kanzler würdigte unter Erinnerung an die Zeit gemeinsamer Arbeit im Ministerrat die großen Verdienste des Bürgermeisters und gab der Hoffnung Ausdruck, daß unter seiner Führung die Bundeshauptstadt Wien einer neuen Blütezeit entgegengehen werde. Namens des Wiener Hausregimentes Nr. 4 überbrachte Oberst Faulhaber die Geburtstagswünsche, „Jugend in Arbeit“ überreichte eine schöne Arbeit der Segelflugwerkstätte, für den Alt-Wiener-Bund gratulierte Dir. Putschin sowie eine Kindergruppe. Mittags fand sich die Vereinigung der Wiener Kommunalredakteure ein, die durch ihren Obmann Reg.-Rat Doktor Kollett ihre Glückwünsche zum Ausdruck brachte. In seiner Antwort betonte Bürgermeister Schmitz seine bleibende Verbundenheit mit dem Journalistenberuf, mit dem er auch fürderhin engste Zusammenarbeit im Dienste der Stadt wünsche.

Die vielen Hunderte von Glückwunschscheiben und Glückwunschtelegramme aber, die im Rathaus eingelangt sind, beweisen nicht zuletzt, welche große Liebe und Wertschätzung sich Bürgermeister Schmitz in allen Bevölkerungskreisen erfreut.

Weihnachtsbescherungen im Rathaus.

Der Festsaal des Wiener Rathauses war in den letzten Adventtagen vorigen Jahres Schauplatz erhebender Feiern. Bürgermeister Schmitz hatte Hunderte von Wiener Kindern in den schönsten Saal Wiens zur Weihnachtsbescherung geladen. In der Turmnische des Festsaales stand ein riesengroßer Christbaum, der mit seinen vielen Lichtern dem sonstigen strahlenden Licht des Festsaales einen weihnachtlichen Glanz verlieh.

Am 20. Dezember waren es mehr als 800 Wiener Doppelwaisen, die im Festsaal Gäste des Bürgermeisters und seiner Gemahlin waren. Die Kinder erhielten eine Pause und wurden mit Weihnachtsgaben bedacht. Ein von Pöglingen des Waisenhauses Hohe Warte unter der Leitung von Anstaltsdirektor Strohschneider aufgeführtes Weihnachtsspiel verschönte die Feier.

Samstag den 21. Dezember erschienen auf Einladung des Bürgermeisters etwa 600 Kinder aus kinderreichen Familien städtischer Arbeiter und Bediensteter zur Weihnachtsbescherung im Festsaal. Als der Bürgermeister mit seiner Begleitung den Saal betrat, scholl ihm heller Jubel entgegen. Der Bürgermeister richtete an die Kinder herzliche Worte der Begrüßung, worauf ein Mädchen ein Gedicht vortrug. Nach Dankesworten des Bundeswirtschaftsrates Skofan wurden die Kinder mit Kleidern, Schuhen und Zuderwerk beteilt. An der Feier nahmen unter anderem die Gattin des Bürgermeisters Frau Josefine Schmitz, die Vizebürgermeister Lahr und Dr. Kresse, Magistratsdirektor Dr. Hießmanner, Präsidialvorstand Sen.-Rat Jiresch, die leitenden Beamten und die Direktoren der städtischen Unternehmungen teil.

Vorher hatte der Bürgermeister in der Volkshalle der von fast 900 Kindern besuchten Weihnachtsbescherung des Vereines „Frohe Kindheit“ beigewohnt und auch dort unter dem Jubel der Kinder gesprochen. Dozent Dr. Arnold feierte den Bürgermeister als Helfer der Armen und Schützer der Kinder. Vertreter des Bundeskanzleramtes und des Unterrichtsministeriums sowie Frau Josefine Schmitz, Frau Minister Winterstein und zahlreiche andere Persönlichkeiten waren Ehrengäste dieser Veranstaltung.

Zum Geburtstag Kardinal Innizers.

Am 25. Dezember 1935 vollendete Kardinal Innizer das 60. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß veranstalteten Bürgermeister Richard Schmitz und Frau am 23. Dezember v. J. im Rathaus einen Empfang, an dem Kardinal Bronuntius Sibilis mit seinem Bruder, dem päpstlichen Ablegat Protonotar Franz Sibilis, die Bischöfe Dr. Seydl und Dr. Kamprath, Staatssekretär Dr. Pernter, Staatsrat Dr. Funder, die Gattin des Bundespräsidenten Frau Leopoldine Miklas und zahlreiche kirchliche und weltliche Würdenträger teilnahmen. Im Verlaufe des Empfanges richtete der Bürgermeister an Kardinal Innizer, dem von den beiden jüngsten Töchtern des Bürgermeisters ein großer Blumenstrauß überreicht worden war, eine herzliche Gratulationsansprache.

Erste Floridsdorfer Tonwarenfabrik LEDERER & NESSENYI A.G.

Wien, I., Operngasse 14 // Telephon Nr. B-22-5-40

Steinzeugröhren, Kanalsohlschal- u. Wandplatten, Futterbarren, Apparate und Gefäße für die chemische Industrie, Pfeilerklinker, Schamotte-Normal- und Fassonsteine, Mosaik- und Klinkerplatten, Fliesen. Projektierung und Ausführung kompletter Haus- und Stadtkanalisationen, Pflasterungen und Wandverkleidungen.

Karl Kölbl

Wien, IX/4, Badgasse Nr. 9 — 11

Turngerätefabrik. Ausführung u. Lieferungen aller Arten v. Turngeräten in Holz, Eisen etc. Übernahme aller Reparaturarbeiten.

Bau- und Kunstschlosserei-Konstruktionswerkstätte. — Ausführung aller Arten von Schlosserarbeiten. Tel. A-18-1-46

Rundschau

Das neue Wien im neuen Österreich.

Als im Februar 1934 die Regierung ihr Mitglied, den Vizekanzler a. D. Richard Schmitz, zum Bundeskommissär für die Bundeshauptstadt Wien bestellte und mit ungewöhnlichen und außerordentlichen Vollmachten ausstattete, mit allen Befugnissen der Stadtverwaltung, des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte sowie allen Rechten des Gemeinderates einschließlich des Befehlgebungsrechtes, begann der Bundeskommissär seine Amtsführung mit der Erklärung, die Übernahme der Geschäfte der Stadt durch ihn habe keineswegs den Sinn, daß Wien nunmehr auf das uralte Vorrecht der Selbstverwaltung verzichten solle, sondern bedeute lediglich die Einordnung Wiens in die großen Aufgaben des Vaterlandes; er werde alles daransetzen, sobald als möglich wieder normale Verhältnisse herzustellen. Der Bundeskommissär fühlte sich nicht als Vogt, sondern als Führer Wiens, an dessen Wiederaufstieg zu Glanz und Größe er seine ganze Kraft zu setzen entschlossen war.

Der Bundeskommissär hat Wort gehalten. Schon am 31. März 1934 konnte er mit Zustimmung des Bundeskanzlers als Vorläuferin des Stadtrates die neue Stadtordnung erlassen, die die Befugnisse des Bürgermeisters und der Organe der Stadtverwaltung neu festlegte und gleichzeitig eine neue Stadtvertretung, die Wiener Bürgerschaft, ins Leben rief. In der neuen Stadtordnung ist an dem bewährten Grundsatz der Trennung zwischen dem beschließenden Organ und dem ausführenden Organ festgehalten. Beschließendes Organ, Stadtvertretung, ist die Wiener Bürgerschaft, ausübendes Organ der Bürgermeister mit dem ihm unterstellten Verwaltungsapparat. In der Zusammensetzung der Wiener Bürgerschaft ist zum erstenmal in Österreich der Gedanke des berufständischen Aufbaues verwirklicht und so ein Musterbeispiel einer nach dem Ordnungsgrundsatz der berufständischen Zusammengehörigkeit und der kulturellen Gemeinschaft aufgebauten Gebietskörperschaft aufgestellt worden.

Dem Geiste der Verfassung 1934 vorgreifend, stellte die Wiener Stadtordnung das Prinzip der Bürgermeisterverwaltung wieder her, das sich seither bewährt hat und insbesondere schon unter Wiens größtem Bürgermeister, Dr. Karl Lueger, verwirklicht war und das von der Idee der Autorität und Verantwortung sowie vom echten Gedanken des Führertums getragen wird.

Mit diesen legislativen Arbeiten ging die Aufstellung eines neuen Wirtschaftsprogrammes und die Schaffung der finanziellen Grundlagen dafür Hand in Hand. Um der schwerkämpfenden Wiener Wirtschaft zu Hilfe zu kommen, wurde ein großes Investitionsprogramm aufgestellt, das eine Vielzahl öffentlicher Aufträge enthält und das nach seiner außerordentlichen Bewährung im Jahre 1934 als Frontabschnitt Wien der österreichischen Arbeitsschlacht mit einem Gesamtaufwand von 100 Millionen S im Jahre 1935 fortgesetzt wurde.

Die finanzielle Bedeckung dieses als Sofortprogramm gedachten Unternehmens war nicht leicht, da die neue Gemeindeverwaltung bei ihrem Amtsantritt leere Kassen und einen Abgang von rund 45 Millionen S vorfand, der durch rasche Aufnahme eines kurzfristigen Überbrückungskredites gedeckt werden mußte.

Das Wiener Investitionsprogramm sieht in wohlbedachter

Mannigfaltigkeit alle Arten von Arbeiten vor. Die Anlage der Wiener Höhenstraße, die Schaffung der Wientalstraße als leistungsfähige Autoeinfahrtsstraße vom Westen her, die Neugestaltung von fast 100 Straßenzügen im Gebiete der Stadt geben dem Straßenbau Beschäftigung. Der Neubau der Rotundenbrücke, die Wiederherstellungs- und Erhaltungsarbeiten an städtischen Gebäuden und Gärten, die Ausgestaltung der Wasserversorgung durch Errichtung eines großen Wasserspeichers im Lainzer Tiergarten, Anschaffungen für den Fuhrwerksbetrieb, die Kehrichtabfuhr, die Auswechslung der veralteten Heizanlagen, der Neubau moderner Betonkanäle an Stelle der veralteten Ziegelkanäle und schließlich der Bau von Familienasphlen und die Instandsetzung von Schul- und Amtshäusern bedeuten für viele Tausende feiernder Hände Brot und Arbeit. Dem Baugewerbe aber ist die Schaffung des Hausreparaturfonds und die Einrichtung des Affanierungsfonds vielfach zur Rettung geworden.

Bei Vergabe dieser Arbeiten und der notwendigen Lieferungen wurden, ohne selbstverständlich Industrie und Großhandel auszuschalten, nach langer Zeit zum erstenmal wieder kleine und mittlere Unternehmer tunlichst berücksichtigt. Diese zielbewußte Mittelsstandspolitik erwies sich als außerordentlich fruchtbringend und in sozialer Hinsicht segensvoll. Auch mit dem System, daß nur das jeweils billigste Angebot zu berücksichtigen sei, wurde bei grundsächlichem Festhalten am freien Wettbewerb und am Prinzip des Bestanbotes insofern gebrochen, daß offenkundige Schleuderangebote, die nur durch mindere Qualität und vor allem durch unzulängliche Löhne erklärt werden können, keine Beachtung mehr finden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Stadtverwaltung war auch eine Revision von Recht und Praxis des städtischen Steuer- und Abgabensystems. Sofort nach Übernahme der Stadtverwaltung schritt Bürgermeister Schmitz daran, durch eine zeitgemäße Reform vielen seit Jahren erfolglos gebliebenen Wünschen Rechnung zu tragen. Die scharf ansteigende Progression der Wohnbausteuer wurde gemildert, die Luftbarkeitsabgabe durch die Einführung der Steuerkarte erträglich gestaltet; drei besonders lebhaft kritisierte Abgaben, die Nahrungs- und Genussmittelabgabe, die Hauspersonalabgabe und die ertraglos gewordene Pferdeabgabe wurden aufgehoben. Eine Novellierung der Bodenwertabgabe von unverbauten Grundflächen brachte erhebliche Erleichterungen und die Pauschalierung der Fürsorgeabgabe hatte zur Folge, daß 2000 Betriebe eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl vornahmen. Eine besondere Sorge der Stadtverwaltung bildet der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und der Ausbau des Fürsorgewesens. Die Erweiterung der Stadtrand siedlung zur Schaffung eines Obdaches für arbeitslose Familien und zur Ermöglichung der Selbstversorgung durch Lebensmittel kennzeichnet die Bestrebungen der Stadtverwaltung auf diesem Gebiete ebenso wie die Aktion der Notstandsgärten, wo Arbeitslose auf Baugründen der Gemeinde Wien im letzten Jahr dem Boden mehr als 700.000 Kilogramm Früchte abgewinnen konnten. Den Ernst der Vorsorgebestrebungen des neuen Wien kennzeichnet nichts besser als die Tatsache, daß das Wohlfahrtsbudget der Stadt Wien pro 1936 nahezu ein Drittel der Gesamtausgaben im Budget der Stadt Wien umfaßt.

Vielfach neue Wege geht die Stadt Wien bei ihren Maßnahmen für die seelische und geistige Aufrichtung weiter Bevölkerungskreise. Die christliche Auffassung der Familie wieder durchzusetzen, war eine der vornehmsten Aufgaben, die sich die neue Stadtverwaltung, der fundamentalen Bedeutung der Familie wohl bewußt, gestellt hatte. So dient der Bau von Familienasphlen nicht nur der Schaffung von tausend einwandfreien Wohnungen zur Unterbringung obdachloser Personen, er verfolgt auch den Zweck, Familienmitglieder, die infolge der Wirtschaftskrise im Obdachlosenheim Zuflucht nehmen mußten, nach oft jahrelanger Trennung wieder zusammenzuführen. Die Aktion

Allgemeine Straßenbau-A.-G.

Wien, IV., Operngasse 11 (Porrhaus)

Telephon A 33-5-90

Bau moderner Straßenbefestigungen aller Art

FRANZ LEX Installations-
unternehmung

Wien, XVII., Steingasse 8, Fernruf A-22-2-98, A-23-0-29

Kontrahent der
Stadtgemeinde Wien

Wasser- u. Gasversorgungsanlagen. Sanitäre Einrichtungen. Bäder etc. Gußrohrlegungen jeder Dimensionen. Schmiedeeiserne Rohre und Formstücke aller Art.

PERLMOOSER**ZEMENTFABRIKS - A. G.**Zentralbüro: **Wien, IV., Lothringerstr. 8**
Fernsprecher: U 46-0-72, U 46-0-73, U 47-3-61

THE NEUCHATEL ASPHALTE COMPANY LTD. Nachflg.

STRASSENBAUGESELLSCHAFT M. B. H.

Wien, I. Bezirk, Bösendorferstraße Nr. 6. Telefon Nr. U 46-2-63

Asphaltierungen • Isolierungen
• Neuzeitliche Straßenbauten •

„Jugend in Not“ hingegen erfährt alljährlich mehrere Zehntausende von jugendlichen Arbeitslosen und bietet ihnen in Tagesheimstätten neben materieller Unterstützung Fortbildungsmöglichkeit und pädagogische Führung. Reichliche Arbeit aber harret der neuen Stadtverwaltung auf dem Gebiete der Volksbildung, wo durch das große Wiener Bildungswerk in mehr als 1700 Kursen mit über 700 Vortragenden, durch Arbeiterbüchereien und drei große Volksbildungshäuser der Vernunftigkeit vorwiegend unbemittelter Bevölkerungsfreie Rechnung getragen wird.

Zu den wichtigsten Aufgaben jeder öffentlichen Verwaltung gehört heute die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die junge Generation. Auch hier hat das neue Wien in dem Bewußtsein, gerade der Jugend, als dem Fundament der Zukunft, zu Hilfe kommen zu müssen, durch Indienststellung von mehr als 2000 arbeitsfreudigen Menschen ein dankenswertes Verständnis für das Fortkommen der vaterlandstreuen Jugend gezeigt und es ist zu hoffen, daß sich im Laufe der nächsten Zeit neuerdings Söhnen der Stadt die Tore zum Ehrendienst an Volk und Heimat öffnen.

Dieser kurze Auschnitt der reichen Tätigkeit des neuen Wien unter Führung des Bürgermeisters Schmitz genügt wohl, um zu zeigen, wie es sich die Wiener Stadtverwaltung angelegen sein läßt, auf dem Boden des christlichen deutschen Staates, auf berufständischer Ordnung stehend, das Bewußtsein der hohen Werte der Familie, des Berufsstandes, des Volkstums, der Heimat und des Vaterlandes zu heben und zu festigen und die Bewohner dieser altherwürdigen Stadt mit Gottes Hilfe in die neue, glücklichere Zeit zu führen.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1936.

Jeder ordnungsgemäß geführte Haushalt verlangt einen genauen Plan über die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben. Dies gilt nicht zuletzt auch für die großen öffentlichen Haushalte, deren Einnahmen zum weitaus überwiegenden Teil aus Steuern und Abgaben stammen, die von den Mitgliedern der Gebietskörperschaften unmittelbar aus ihrer Wirtschaftsführung aufgebracht werden müssen.

Das Streben jeder auf eine gesunde Wirtschaft bedachten Gebietskörperschaft, die ja bei Aufstellung des Haushaltsplanes unter weitreichender Kontrolle der Öffentlichkeit steht, muß darauf gerichtet sein, die Einnahmen und die Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Daraus ergibt sich zunächst die Verpflichtung, alle in Aussicht genommenen Ausgaben genau auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu untersuchen. Vor allem aber tut gründliche Überlegung und äußerste Sparsamkeit not, da sonst die Gefahr besteht, daß Ausgaben gemacht werden, die die Wirtschaft der Einzelnen und damit die Gesamtwirtschaft in ungerechtfertigter Weise belasten. Hat man sich schon in Zeiten normaler Wirtschaftsverhältnisse vor derartigen nicht notwendigen Belastungen zu hüten, so gilt dieses Gebot in erhöhtem Maße dann, wenn von der eigenen lokalen und nationalen Wirt-

schaft nicht beeinflussbare Weltwirtschaftsereignisse eintreten, die sich unabwendbar auch auf die Gestaltung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der eigenen Gemeinschaft auswirken.

Um nun der Bevölkerung Wiens die Beurteilung, ob die Haushaltführung der Stadt tatsächlich nur auf die notwendigsten, unabweislichsten und wichtigsten Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung eingestellt ist, zu ermöglichen, hat der Voranschlag öffentlichen Charakter. Bereits in der Stadtordnung sind dafür mehrfache verfassungsmäßige Vorfragen getroffen. Durch öffentlichen Anschlag in den Bezirkshauptmannschaften, aber auch durch Einschaltung eines Ediktes im amtlichen Teil der „Wiener Zeitung“ werden die Einwohner der Stadt Wien davon in Kenntnis gesetzt, daß der Entwurf des Voranschlages an einem bestimmten Orte zur allgemeinen Einsicht aufliegt. Allen Gemeindegliedern steht es frei, ohne jede Beschränkung in die Unterlagen, die der Beratung der Wiener Bürgerschaft dienen sollen, Einblick zu nehmen und Erklärungen vorzubringen, die zu Protokoll genommen und bei der Beratung in Erwägung gezogen werden müssen. Die Festsetzung der Voranschlagsansätze obliegt nicht etwa dem Bürgermeister allein, vielmehr steht dieses sogenannte Budgetrecht nach der Stadtordnung der Wiener Bürgerschaft zu. Diese Körperschaft, die alljährlich die Einnahmen- und Ausgabenposten für das kommende Verwaltungsjahr zu genehmigen hat, hält ihre Beratungen hierüber in öffentlichen Sitzungen ab. Durch diese zwingende Vorschrift für die Art der Beratung ist die Teilnahme der Öffentlichkeit an der Budgetberatung verfassungsmäßig gesichert.

Der Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1936 sieht Ausgaben von insgesamt 392,313.260 S vor, denen Einnahmen von 376,607.550 S gegenüberstehen. Nicht inbegriffen sind hierin die Ausgaben und Einnahmen der sechs Unternehmungen der Stadt Wien. Die Elektrizitätswerke, die Gaswerke, die städtischen Straßenbahnen, das Brauhaus der Stadt Wien, die Leichenbestattungsunternehmung und die Ankligungsunternehmung „Gewista“ stellen ihre Wirtschaftspläne, die ebenfalls der Beschlußfassung der Wiener Bürgerschaft in öffentlicher Sitzung unterliegen, vollkommen gesondert auf. Der Voranschlag der Hoheitsverwaltung selbst weist somit einen voraussichtlichen Gebarungsabgang von 15,705.710 S aus. Der Abgang soll in den vorhandenen Kassenbeständen und in einem bescheidenen Ausmaß, bis zu höchstens 10 Millionen S, durch eine Kreditoperation bedeckt werden.

Und nun einen Blick auf die Hauptposten des Voranschlages:

An der Spitze aller Ausgaben steht der Personalaufwand. Dies ist bei dem großen Beamtenapparat, den ein Verwaltungskörper von der Bedeutung Wiens mit seinen zahlreichen Aufgaben erfordert, nicht verwunderlich; hieher gehört auch die Sicherstellung der Pensionsansprüche durch namhafte Aufwendungen seitens der Stadtverwaltung. Insgesamt müssen 144,254.600 S, d. i. 36,7% des Gesamterfordernisses, zur Deckung der Personallasten bereitgestellt werden.

Die zweitgrößte Ausgabenpost bildet das Wohlfahrtswesen. Einschließlich des hierbei beschäftigten Personales werden für diesen in der gegenwärtigen Krisenzeit ganz besonders wichtigen Verwaltungszweig 108,438.150 S verausgabt werden, wobei aber die im

Fassadenausführung

JOHANN SÜSS

Stukkaturmeister

Spezialfirmen für Edelputz-, Fassaden-, Renovierungs-, Portal- und Stuckarbeiten

Wien, XVI., Hettnerkogasse 26 — Tel. U-30-5-29, B-48-3-43

Architekt

FRANZ SIESS

Stadtbaumeister

Schaumann Wollindustrie

Ges. m. b. H. in Korneuburg

Fabrikbestand seit 1828

Erzeugung aller Arten

Lieferungstuche, Konfektionsstoffe, Lodenstoffe und Wolldecken

Fabrik: Korneuburg, Telefon 1

Evidenzbüro: Wien, I., Neutorgasse 16. Telefon U-22-1-98

**Leihanstalt der Ersten Wiener zerlegbaren
Hänge- und Leitergerüste**
KARL MICHNA Gegründet 1882
Wien, III., Gärtnergasse 12
Material-Lagerplatz
Wien, XX., Pappenheimg. 31 **Telephon A-41-2-25**

Rahmen der Arbeitsbeschaffung vorgesehenen Aufwendungen auf diesem Gebiete noch nicht mitgerechnet sind. Trotz aller Sparsamkeit, die sonst bei der Aufstellung des Haushaltsplanes oberste Richtschnur war, hat sich hier die Notwendigkeit ergeben, gewisse Erweiterungen innerhalb des Wohlfahrtsbudgets vorzunehmen. Mit Bedacht auf die Krisenverhältnisse muß eben noch mehr Aufmerksamkeit der Befürsorgung von Kindern und Jugendlichen geschenkt werden, es muß aber auch für die Kranken dieser Stadt durch eine Vergrößerung des Belagraumes im städtischen Spital, durch eine Vermehrung der Betten für tuberkulöse Männer und durch eine Erhöhung der Zahl der in den städtischen Kinderheilanstalten zur Verfügung stehenden Plätze Vorkehrung getroffen werden. Auch andere Einrichtungen zum Schutze der Jugend werden teils überhaupt neu geschaffen, teils in ihrem Wirkungsbereich erweitert. Hier sei nur auf die Wiedereröffnung der augenärztlichen Zentrale, auf die Tuberkuloseuntersuchung der Kinder schon in den Kindergärten, auf die Ausdehnung des schulärztlichen Dienstes auf sämtliche Kinder der Pflichtschulen hingewiesen.

Im Schulwesen wirkt sich vor allem die Tatsache aus, daß die Schülerzahl in stetem Rückgang begriffen ist. Während im Jahre 1934 noch 134.620 Schüler der Pflichtschulen gezählt wurden, belief sich die Zahl der Einschreibungen im September 1935 nur auf 126.620. Dementsprechend konnte der Aufwand für das Schulwesen einschließlich der Schulhygiene usw. gegenüber dem Vorjahre etwas geringer angenommen werden. Er beträgt ohne die im Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehenen Aufwendungen 59.003.580 S, d. i. 15% der Gesamtausgaben.

Das größte Augenmerk wendet die Stadtverwaltung auch weiterhin der Arbeitsbeschaffung zu. Wenn immer wieder die Forderung erhoben wird, die öffentliche Hand möge durch Vergebung von Arbeiten darauf hinwirken, der Arbeitslosigkeit zu steuern, so ist dies sicherlich berechtigt. Von den Beträgen, welche die öffentlichen Körperschaften für diesen Zweck zur Verfügung stellen können, hängt tatsächlich das Wohl und Wehe vieler Zehntausende von Arbeitern und Angestellten samt ihren Familien ab. Nur dann, wenn die zahlreichen Unglücklichen, die aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet und zur Untätigkeit verurteilt sind, die Überzeugung gewinnen, daß wirklich das Möglichste getan wird, um ihnen und ihren Angehörigen wieder Arbeit und Verdienst zu schaffen, wird sie die Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse die augenblickliche Notlage leichter tragen lassen und mit neuem Lebensmut erfüllen. Die Stadtverwaltung hat darum keine Anstrengungen gescheut, für das Jahr 1936 ein wirksames Arbeitsbeschaffungsprogramm aufstellen zu können und wir dürfen jagen, daß es

Asphaltierungen
Dachdeckungen mit Pappen aller Art
Isolierungen gegen Feuchtigkeit
Bitumenemulsion (Kaltasphalt)
Colfalt
Posnansky & Haumann Wien, I., Nibelungengasse Nr. 8
Ges. m. b. H. Fernruf: B-25-4-20 und B 25-4-21
Gegründet 1858

in sehr berechtigtem Ausmaß gegliedert ist. Denn im Jahre 1936 stehen nicht nur Kredite in der Höhe von 35.710.000 S aus dem außerordentlichen Investitionsprogramm zur Verfügung, sondern es war überdies, ohne die von der Wiener Bürgerschaft beschlossenen Kreditoperationen zu erweitern, möglich, weitere 19.380.000 S für die Vergabung neuer Arbeitsaufträge bereitzustellen. Es werden somit aus dem Titel der Arbeitsbeschaffung 55.090.000 S aufgewendet werden können, ohne daß auch nur ein Groschen mehr an Anleihen aufgenommen werden muß.

Arbeit- und verdienstschaftend wirken aber auch die in den ersten sechs Hauptstücken des Voranschlags eingebauten Investitionen in der Höhe von 4.775.800 S sowie die zahlreichen Aufwendungen in der Gesamthöhe von 34.800.000 S, welche die Erhaltung der Gebäude und Mobilien, die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, die Beschaffung von Materialien usw. zum Gegenstand haben. Im Bereiche der Hoheitsverwaltung allein werden somit im Jahre 1936 rund 95 Millionen S für Aufträge an Handel, Industrie und Gewerbe zur Verausgabung kommen. Um das Bild vollständig zu machen, muß man aber auch noch die Aufwendungen der städtischen Unternehmungen für Investitionen in der Höhe von rund 25 Millionen S sowie die laufenden Aufträge dieser Wirtschaftskörper im Betrage von rund 33 Millionen S hinzurechnen. Das ergibt zusammengerechnet eine Summe von über 153 Millionen S, die unmittelbar der Wirtschaft zugeführt wird, sicherlich ein Betrag, der eine intensive Befruchtung des Arbeitsmarktes erwarten läßt.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Stadt Wien auch Aktionen enthalten sind, bei denen die von der Stadt aufgewendeten Mittel nur Zusätze zu privatem Kapital darstellen, die aber gleichfalls der Wirtschaft zugute kommen. Dies gilt für den Hausreparatur- und den Affanierungsfonds, Einrichtungen, die die Beachtung der ganzen Welt gefunden haben. Vorausichtlich wird auch die Aktion zur Bekämpfung der Rauchplage und sonstigen Schäden durch die Notwendigkeit von diesbezüglichen Investitionen wirtschaftsfördernde Wirkungen haben. Auf diesem Wege wird das Gesamtvolumen an Aufträgen, auf die zunächst die Wiener Bevölkerung, zu einem gewissen Teil aber auch die Unternehmungen außerhalb Wiens im Jahre 1936 rechnen können, noch um rund 18-20 Millionen S vergrößert werden.

Angeichts dieser Beträge darf mit voller Berechtigung der Zuversicht Ausdruck gegeben werden, daß der Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1936 eine Fülle bedeutsamer Möglichkeiten einschließt, um der heimischen Wirtschaft neuen Auftrieb zu geben und sie in der bereits durch das Investitionsprogramm 1934/1935 bewirkten Aufwärtsbewegung zu bestärken.

THIERGÄRTNER & STÖHR A. G.

SANITÄRE ANLAGEN
ZENTRALHEIZUNGEN
LÜFTUNGEN

WIEN, III.,
MARXERGASSE 8

●
TELEPH. U-15-4-38



Für jeden Stand —

Gegen jede Gefahr!

Gemeinde Wien
Städtische Versicherungsanstalt

Wien, I., Tuchlauben 8

Telephon U-27-5-40

Neu eingeführt: **Krankenversicherung mit Bonussystem**

SIEMENS
 GAS
 WARMWASSER
 GERÄTE

SEIT 50 JAHREN
 FÜHREND

WIEN

IX., ALSERSTRASSE 20, TEL. A-23-5-70/71
 VII., MARIAHILFERSTRASSE 60, TEL. B-38-2-34

**Bauberatungs-
 stelle**

der Zentralvereinigung
 der
 Architekten Österreichs

Wien, I., Hochhaus, Fahnengasse